

Herausgeberin/Redaktion

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Postfach 6136
3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail info@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Inserate

TrisCom-Media AG
Bündtenstrasse 10
4410 Liestal
Telefon 061 926 93 33
Fax 061 926 93 30
E-Mail verkauf@triscom.ch
Internet www.triscom.ch

Layout/Druck

NZZ Print
Postfach
8021 Zürich
Telefon 044 258 18 94
Fax 044 258 18 99
ISDN 044 773 11 15
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

27. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Inhalt



Ladenöffnungszeiten

Auch der Tourismus unterstützt die Abstimmungsvorlage. **5**



Forschungsverbot

Initiative bedroht den Forschungsplatz Schweiz. **6/7**



DV Yverdon

FDP will «Eine Schweiz in Bewegung». **8**



Migration

FDP-Fraktion setzt Leitplanken. **9+16**

FDP-Strategie

Das Papier. **12-14**

Neues Verfahren bei den Rüstungsprogrammen

FDP macht im Parlament Druck

Mannigfach konnte im Zusammenhang mit den Rüstungsprogrammen 2004 und 2005 die Erfahrung gemacht werden, dass das geltende Verfahren für die Beschaffung von grossem Equipment in mehrerlei Hinsicht unbefriedigend ist.



Didier Burkhalter

Von *Didier Burkhalter*,
Nationalrat, Neuenburg

Insbesondere zu erwähnen sind einerseits der problematische Rhythmus – im Jahresturnus – der Botschaften des Bundesrates an das Parlament sowie andererseits die Schwierigkeiten, die sich ergeben, weil im Verfahren Verpflichtungs- und nicht Rahmenkredite vorgelegt werden. Zudem werden die Parlamentarier von Rüstungslieferanten unter Druck gesetzt. Folglich habe ich eine parlamentarische Initiative eingereicht, die in diesen Punkten eine Änderung des Militärgesetzes vorsieht. Es liegt im Interesse der Sicherheit unseres Landes,

die Verfahren bei der Behandlung von Rüstungsvorlagen und bei der Beschaffung von Rüstungsgütern so auszugestalten, dass die Schweizer Armee schlagkräftig bleibt, weiterhin den verschiedensten Bedrohungen standhält, ihren wichtigsten Auftrag erfüllt und mit dem technologischen Fortschritt sowie den mittel- und längerfristigen strategischen Entwicklungen Schritt hält. Ich schlage deshalb vor, das Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung in diesem Bereich zu ergänzen, damit der Bundesrat der Bundesversammlung die Rüstungsprogramme inskünftig in

Form von Rahmenkrediten mit einer Laufzeit von vier Jahren vorlegt. Es würden in diesem Stadium einzig grundsätzliche Fragen erörtert und nicht solche praktischer Art, die im Zusammenhang mit der Beschaffung von Rüstungsgütern stehen. Als Beispiel sei an dieser Stelle das in der letzten Zeit von den Medien häufig aufgegriffene Thema der Neuanschaffung von Helikoptern erwähnt: Das Parlament müsste in erster Linie die grundsätzliche Frage klären, ob die Ziele unserer nationalen Sicherheitspolitik einen derartigen Kauf erforderlich machen, und gegebenenfalls darüber entscheiden, welche Summe zur Verfügung gestellt werden könnte. Für die Wahl des Lieferanten und die Auftragsvergabe wäre in einem zweiten Schritt der Bundesrat zuständig. Des Weiteren würden diese vierjährlich erscheinenden Botschaften des Bundesrates von einem aktualisierten Bericht über die Sicherheitspolitik begleitet, der auf die Entwicklung der Be-

drohungslage sowie gegebenenfalls der Einsätze einget. Ausserdem obläge die Kontrolle der Operationen den Sicherheitspolitischen Kommissionen des Parlaments, die sich alljährlich zu einem Bericht äussern würden, in dem es um die Umsetzung der Ziele des Rüstungsprogramms geht. Die vorgeschlagene Ergänzung des Gesetzes schafft einen klaren und einfachen Rahmen, der einerseits der Rolle der Exekutive und andererseits derjenigen des Parlaments besser Rechnung trägt. Die Bundesversammlung muss nämlich – zusätzlich zur Ausübung der Oberaufsicht – vor allem über das Wesentliche debattieren und entscheiden: über die Grundfragen und die Marschrichtung, die im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Armee einzuschlagen ist. Der Vollzug hingegen wird vom Bundesrat geregelt. ■

FDP Schweiz am ELDR-Kongress

Neue Präsidentin gewählt und mehrere Resolutionen beschlossen

Der diesjährige Kongress der «European Liberal Democrat and Reform Party» (ELDR) war **schwerwiegend der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Europas und der Zukunft der Europäischen Union gewidmet. Hierzu wurden mehrere Resolutionen verabschiedet. Die Delegierten wählten in der slowakischen Hauptstadt Bratislava zudem eine neue Präsidentin. Annemie Neyts-Uyttebroeck setzte sich gegen Jozias Van Aartsen durch und tritt damit die Nachfolge von Werner Hoyer an, der nach fünf Jahren an der Spitze der Partei zurücktrat.**

transaktionen als Wirtschaftsminister entlassen worden, wonach sich eine Mehrheit der ANO-Abgeordneten gegen ihn wandte. Dementsprechend war die politische Situation in der Slowakei – neben den Wahlen in Deutschland – ein viel diskutiertes Thema.

Zukunft Europas: Bürgernähe und Wettbewerbsfähigkeit

Den inhaltlichen Schwerpunkt des Kongresses bildete die gegenwärtige Situation der EU und deren zukünftige Entwicklung. Die Delegierten verabschiedeten in diesem Zusammenhang ein 10-Punkte-Reformprogramm, das darauf abzielt, die innere und äussere Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken und deren Wohlstand zu sichern. Die ELDR fordert in dem Papier unter anderem flexible Arbeitsmärkte, tiefe Steuern, sozialpolitische Reformen sowie vermehrte Investitionen in Bildung und Forschung.

In den Debatten wurde betont, dass die europäische Integration nur auf der Grundlage der Unterstützung seitens der Bürgerinnen und Bürger erfolgen könne. Daher müsse ein ernsthafter Austausch mit der Bevölkerung über die Zukunft Europas gefördert werden, mit dem Ziel, die EU demokratischer, effektiver und transparenter zu machen. Mit grosser Mehrheit betonten die Europäischen Liberalen schliesslich, dass der Erweiterungs-



Annemie Neyts-Uyttebroeck freut sich über ihre Wahl zur ELDR-Präsidentin.

prozess der EU entsprechend der bisherigen Planung und den Vereinbarungen mit den Kandidatenländern fortgeführt werden müsse.

Neue Präsidentin

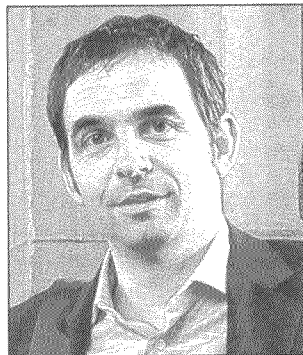
Ein weiterer wichtiger Programmpunkt waren die Wahlen ins Präsidium. Hierbei setzte sich Annemie Neyts-Uyttebroeck, belgische Abgeordnete im Europäischen Parlament und frühere Präsidentin von «Liberal International», gegen Jozias Van Aartsen, Fraktionsvorsitzender der Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD) und früherer Aussenminister der Niederlande, durch. Neyts-Uyttebroeck löst den Deutschen Werner Hoyer ab, der während fünf Jahren an der Spitze der ELDR stand.

Chance der internationalen Vernetzung nutzen

Die FDP Schweiz, die seit 1997 Vollmitglied der ELDR ist, war in Bratislava mit Nationalrätin Christa Mark-

walder Bär und Jon A. Fanzun vom Generalsekretariat vertreten. Aus Bratislava haben wir die Überzeugung mitgenommen, dass die liberalen Kräfte in Europa allen Unkenrufen zum Trotz auf dem Vormarsch sind. Die ELDR präsentierte sich in Bratislava jedenfalls als dynamische und selbstbewusste liberale Partei. Zu Recht, haben sich die Europäischen Liberalen doch als drittgrösste Fraktion im Europäischen Parlament und in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats etabliert. Die FDP Schweiz kann von diesem internationalen Netzwerk profitieren, und entsprechend wertvoll sind die Kontakte mit anderen liberalen Parteien in Europa. Und obwohl die Agenda der ELDR stark von derjenigen des Europäischen Parlaments geprägt ist, wird das Engagement der FDP Schweiz wahrgenommen und geschätzt. ■

Von Jon A. Fanzun,
Politischer Sekretär
FDP Schweiz, Tarasp GR



Jon A. Fanzun

ANO in der Krise

Der Kongress fand unter speziellen Rahmenbedingungen statt, da sich die gastgebende Partei, die «Allianz des neuen Bürgers» (ANO), in einer tiefen Krise befand. Deren Präsident Pavol Rusko war im August wegen Unklarheiten im Zusammenhang mit Finanz-

Am 24. und 25. September trafen sich rund 300 Delegierte aus 38 Ländern zum 26. Kongress der «European Liberal Democrat and Reform Party» in Bratislava. Der Kongress stand unter dem Titel «Working together for a competitive Europe». Dieser Titel sowie der Ort der Veranstaltung spiegeln die Überzeugung der ELDR, dass die Dynamik der neuen EU-Mitgliedstaaten ein Ansporn für die alten Mitgliedsländer sein sollte, notwendige Reformen anzugehen, um die Herausforderungen der Globalisierung zu meistern.

Was ist die ELDR?

Die ELDR ist der Zusammenschluss der liberalen Parteien Europas. Seit den 1990er Jahren ist die liberale Familie durch neue Mitgliedsparteien aus den mittel- und osteuropäischen Staaten auf heute 47 Mitgliedsparteien angewachsen. Die ELDR stellt 8 Mitglieder in der Europäischen Kommission und ist mit 89 Abgeordneten die drittgrösste Gruppierung im Europäischen Parlament. Die FDP Schweiz ist seit 1993 assoziiertes und seit 1997 Vollmitglied der ELDR.

Website der ELDR: www.eldr.org

Herbstseminar der Liberalen Aktion

Sozialversicherungen: Zukunft gestalten durch ein neues Steuersystem

Hochkarätige Referenten analysierten am 15. Oktober in Pfäffikon SZ ausgewählte Probleme der Schweizer Sozialversicherungen und zeigten konkrete Lösungen auf. Das Fazit: Mit einem positiveren Menschenbild kann mehr Transparenz in den Sozialversicherungen erreicht werden. Unterstützend wirkt dabei ein neues Steuersystem.



Prof. Erwin Murer: Junge nicht durch lebenslange Renten ins gesellschaftliche Abseits drängen.

Am Schluss der Podiumsdiskussion waren sich das Publikum und die Referenten, Publizist Beat Kappeler und die Universitätsprofessoren Monika Bütler und Erwin Murer, einig: Die meisten Probleme der Schweizer Sozialversicherungen würden durch ein positiveres Menschenbild und mehr Transparenz gelöst. Gestützt wird diese Entwicklung ideal mit einem Steuersystem-Wechsel hin zur negativen Einkommenssteuer. Dieser Erkenntnis waren fundierte Analysen der Existenzhilfe unter Weltmarktverhältnissen, der 2. Säule sowie der hochaktuellen fünften IV-Revision vorausgegangen.

Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft bewältigen

Je mehr Begrenzungen zwischen den Ländern fallen, je offener der Güter- und Arbeitsmarkt, je weniger behütete Bereiche für ein-

zelne Wirtschaftszweige in der Schweiz die Preise verzerrten, desto lauter wird der Ruf nach staatlicher Hilfe, und umso dringender brauchen wir konkrete Lösungen, die jedermann eine Zukunft ermöglichen. Publizist Beat Kappeler plädierte dafür, den Menschen auch im Weltmarkt eine Chance zu geben, sich aus eigener Kraft zu verbessern und im Sozialversicherungsbereich in die Zukunft zu schauen, statt schadensbegrenzend rückwärts zu blicken. Die heutigen Sozialwerke sind auf die aktuellen Entwicklungen hin zum Weltmarkt nicht vorbereitet; sie fördern die Nutzung von Leistungen mit allen Listen und Kniffen. Dabei wird uns die Arbeit nie ausgehen, jedoch sind neue Modelle gefragt, die jeder Fa-

milie unter den härteren Bedingungen ein existenzsicherndes Einkommen erlauben.

Mit der 2. Säule keine Überversicherung generieren

Monika Bütler, Professorin für Volkswirtschaft und Makroökonomie an der Universität St. Gallen, legte eine fundierte Analyse der 2. Säule auf den Tisch. Nach der umfassenden Analyse kam Bütler zum Schluss, dass die 2. Säule zwar unerlässlich sei, aber angemessener gehandhabt werden sollte. Vor allem sollte der Trend in Richtung Überversicherung gestoppt werden. Ausserdem müsse eine noch zu bestimmende Regel den heute viel zu hohen Umwandlungssatz Schritt für Schritt auf ein vertretbares Niveau herun-

terholen. Die Ungleichheit zwischen den Alleinstehenden und den Paaren müsse abgeschafft und die unverhältnismässig starke Bevorzugung des Alterssparens gegenüber alternativen Investitionsformen wie Bildung, Kinder und Selbständigkeit überdacht werden.

Weder Junge definitiv in Rente schicken noch den Ärztestand zerstören

Grundsätzlich ist Erwin Murer, Professor für Sozialversicherungsrecht an der Universität Fribourg, mit der fünften IV-Revision einverstanden. Für ihn stellt sich aber auch die Frage, ob die IV unter den heutigen Bedingungen überhaupt sinnvoll revidiert werden kann oder ob nicht vielmehr das gesellschaftliche Verständnis von Gesundheit und Krankheit einer Erneuerung bedarf. So lange auch junge Menschen durch lebenslange Renten auf fast normalem Lohnniveau ins gesellschaftliche Abseits gedrängt werden und Arbeitsunfähigkeit aufgrund psychischer oder sozialer Probleme ausschliesslich medizinisch abgeklärt und behandelt werden, geht für Murer die Rechnung nicht auf. Das Bild des Schwachen und die Zumutbarkeitsgrenzen gelte es generell zu überdenken. Es lohne sich, bei gesundheitlichen Problemen den Fokus nicht auf das Defizit, sondern auf

das immer noch vorhandene Potenzial des Betroffenen zu richten.

Wertschätzung und positiver Anreiz

In der an die drei Referate anschliessenden Diskussion im Plenum stand das von Beat Kappeler vorgestellte Modell des «Earned Income Tax Credit» im Mittelpunkt. Sowohl Teilnehmer als auch Referenten zeigten sich von der Einfachheit und Wirkkraft dieses Systems überzeugt. «Der einzige Makel dieses Systems ist sein deutscher Name «negative Einkommenssteuer», brachte Monika Bütler die allgemeine Meinung auf den Punkt. Kappeler und Murer lobten beide den arbeitsfördernden Aspekt: Murer aus dem Blickwinkel der heutigen Rentenbezüger, welche durch die negative Einkommenssteuer wieder zu vollwertigen und geschätzten Mitgliedern der Gesellschaft würden, Kappeler auch aus Sicht der Arbeitgeber, welche Tieflohn-Jobs wieder vermehrt in der Schweiz anbieten könnten. «Die einfache Arbeit wird uns nämlich nie ausgehen», ist er überzeugt. Mit der negativen Einkommenssteuer könnten es sich viele auch wieder leisten, diese Jobs anzunehmen. ■

www.liberaale-aktion.ch

Aus den Kantonen

Genf

Starkes Wahlergebnis für FDP



Der grosse Einsatz hat sich bezahlt gemacht: Die FDP des Kantons Genf gehörte bei den Grossratswahlen vom 9. Oktober zu den Gewinnern. Die «radicaux» konnten ihre zwölf Sitze im Grossen Rat verteidigen und ihren Wähleranteil gegenüber den Nationalratswahlen 2003 um mehr als 3% steigern. Am 13. November tritt die FDP dann mit ihrem dynamischen Präsidenten François Longchamp zu den Wahlen in den Regierungsrat an, in welchem sie seit 2001 nicht mehr vertreten ist. Die FDP Schweiz wünscht der Genfer FDP den verdienten Erfolg! ■



Die Genfer Kandidatinnen und Kandidaten zeigten sich an ihrem «Wahl-Marathon» im ganzen Kanton. Bild: Charly Schwarz

Wallis

FDP-Fraktion auf Weinlese in Vétroz



Mit einem Ausflug der besonderen Art gewannen die Mitglieder der freisinnig-liberalen Fraktion am 4. Oktober etwas Abstand vom hektischen Berner Herbstsessionsbetrieb. Der Walliser Nationalrat Jean-René Germanier lud auf sein bekanntes Weingut in Vétroz ein. Nach einer Einführung in die Weinlese durften die Parlamentarier selber Hand anlegen und sich im Traubenschneiden üben. Mit einer Weinprobe und einem gemütlichen Ausklang bei Raclette und Hauswein wurde der Anlass abgerundet. ■



Jean-René Germanier (Mitte) führte die freisinnigen Bundesräte fachmännisch in die Welt des Weinbaus ein.

Bild: Jonas Montani/«Walliser Bote»

Thurgau

Ernst Mühlemann mit spitzer Feder



Im September ist das zweite Buch von Ex-Nationalrat Ernst Mühlemann unter dem Titel «Blick ins Bundeshaus» erschienen (siehe auch Inserat auf Seite 6). Dieses Werk beleuchtet nicht nur spannende politische Begebenheiten. Anhand unterschiedlicher Beispiele wird auch aufgezeigt, was sich z. B. in der Asyl-, Verkehrs-, Wirtschafts-, Sozial- und Europapolitik veränderte oder wo bis heute kaum Lösungen gefunden wurden.

Interessant dürfte der erste Teil dieses Buches für jene sein, die eine Ständerats-, Nationalrats- oder Kantonsrats-Kandidatur ins Auge fassen. Hier finden sich anregende «Tipps und Tricks» für eine erfolgreiche Kandidatur. Im Kapitel «Medien-, Kultur- und Parteienlandschaft» geht der Autor auf negative Entwicklungen ein und stellt bedauernd fest, dass auf nationaler Ebene der Wettbewerb zwischen SRG und privaten Medienträgern stark erschwert wird. Dies darf freisinniger Politik nicht gleichgültig sein, denn neben den exekuti-



Die St. Galler FDP-Regierungsrätin Karin Keller-Sutter und Autor Ernst Mühlemann anlässlich einer Buchpräsentation.

Bild: Ruedi Schläpfer

ven, legislativen und judikativen Behörden bilden die Medien die vierte Macht im Staat.

Wie ein roter Faden zieht sich der Gedanke «Wettbewerb fördert die Qualität» durch das ganze Werk von Mühlemann. ■

Thurgau

FDP über Nein zu Strassenprojekten enttäuscht

Mit grossem Bedauern hat die FDP Thurgau zur Kenntnis genommen, dass die Bevölkerung am 25. September die Netzbeschlüsse sowohl zur Thurtalstrasse T14 wie auch zur Südumfahrung Kreuzlingen abgelehnt hat.

Das Abstimmungsresultat zeigt, dass der Regierungsrat nicht vermitteln konnte, dass der zur Abstimmung gelangte Netzbeschluss eine vom Gesetz vorgegebene und wirtschaftlich sinnvolle Vorgehensweise ist. Bei vielen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern hat die Tatsache, dass nicht über eine konkrete Streckenführung abgestimmt wurde und keine konkreten Kosten bekannt waren, zur Verunsicherung geführt. Deutlich zeigt sich leider, dass Regionen, die seit langem von guten Anschlüssen an die Wirtschaftszentren und Umfahrungen profitieren können, die Notwendigkeit einer Erschliessung des Oberthurgaus zum Wohle des ganzen Kantons nicht erkannt haben.

Die Notwendigkeit der vorgeschlagenen Massnahmen wird durch das Ja der betroffenen Regionen deutlich. Sowohl die Entlastung der Stadt Kreuzlingen und der betroffenen Dörfer im Thurtal und im Oberthurgau als auch die Anbindung an die Wirtschaftsräume wird von den Betroffenen klar gewünscht. Es ist die Pflicht von Regierungsrat und Parlament, vorausschauend für Rahmenbedingungen für einen prosperierenden Kanton zu sorgen. Deshalb sind der Regierungsrat und das Parlament trotz der Niederlage aufgefordert, zusammen mit den betroffenen Regionen rasch neue Lösungsvorschläge auszuarbeiten, damit der gültige Richtplan in die Tat umgesetzt werden kann. Gefordert sind auch die Gegner der nun verworfenen Vorlage, ihre Versprechungen einzulösen und zusammen mit der Regierung ebenfalls aktiv an einer Lösung zu arbeiten. ■

Offene Ladentüren als Zeichen der Gastfreundlichkeit

Tourismus unterstützt Absicherung der Ladenöffnungszeiten

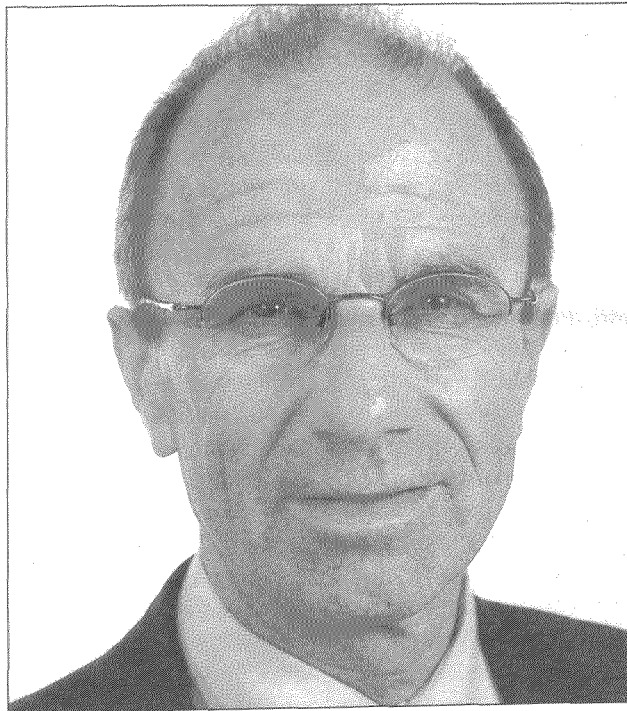
Lebendige Verkehrsknotenpunkte prägen das Image der Schweiz als Ferien-, Reise- und Kongressland wesentlich mit. Belebte Zentren sind gleichzeitig auch sichere Zentren und werten die Destination Schweiz zusätzlich auf. Am 27. November 2005 wird das Schweizer Stimmvolk über eine kleine Änderung des Arbeitsgesetzes abstimmen, die grosse Wirkung auf die Schweiz als Werkplatz und als Feriendestination haben kann. Der Tourismus unterstützt deshalb die geplante Absicherung der geltenden Ladenöffnungszeiten in Bahnhöfen und auf Flughäfen.

Von Duri Bezzola,
Nationalrat, Scuol GR

Offene Bahnhöfe und Flughäfen sind nicht nur für die Bevölkerung in Städten und Agglomerationen, sondern auch für den Tourismus wichtig. Gerade Touristinnen und Touristen schätzen gute Einkaufsmöglichkeiten, wenn sie in der Schweiz ankommen oder auf Bahnhöfen umsteigen. Offene Ladentüren sind ein Zeichen der Gastfreundlichkeit, eine Visitenkarte für unser Land. Geschlossene Türen hingegen wirken ablehnend und stellen die Schweizer Dienstleistungsqualität in Frage.

Tourismusprivilegien gefährdet

Der Tourismus kann sich indes nicht darauf beziehen, dass seine Anliegen bezüglich der flexiblen Ladenöffnungszeiten in touristischen Zentren bereits berücksichtigt sind. Ein Nein zur Revision des Arbeitsgesetzes würde nicht nur den



Duri Bezzola

Status quo auf Flughäfen und grösseren Bahnhöfen ändern. Bei einem Nein zur Revision des Arbeitsgesetzes könnten mittelfristig auch die Tourismusprivilegien grundsätzlich in Frage gestellt und die Kantone angewiesen werden, ihre Sonderregelungen zu ändern. Es würde wohl argumentiert, dass nicht einzusehen sei, weshalb der Sonntag in Städten und Agglomerationen heilig sein

sollte, in den Tourismusorten jedoch nicht.

Gleich lange Spiesse für Gewerbebetriebe

Bäckereien, Tankstellen, Bäckereien, Tankstellen, Autobahnläden und Geschäfte in Tourismusorten haben heute sonntags geöffnet. Die Läden in Bahnhöfen und Flughäfen ebenfalls. Mit einem Nein zur Gesetzesrevision schaffen wir ungleich lange Spiesse und stellen die Zu-

kunft zahlreicher Gewerbebetriebe in Frage. Über 100 heute florierende Geschäfte müssten in den 25 grössten Schweizer Bahnhöfen sonntags geschlossen werden oder ihre Verkaufsflächen reduzieren.

Gleich lange Spiesse für sonntags Arbeitende

Der Sonntag wird bei dieser Volksabstimmung als Ruhetag keineswegs in Frage gestellt. Aus touristischer Sicht ist darauf hinzuweisen, dass bereits heute an vielen Orten ausserhalb der Bahnhöfe und Flughäfen sonntags gearbeitet wird, ohne dass dort der Sonntag als Ruhetag in Frage gestellt wäre. Im Verkehr, im Gastgewerbe und allgemein in der Freizeitbranche, sind sonntags Tausende von Personen im Einsatz, um die Bedürfnisse der Schweizer Bevölkerung sowie der Touristinnen und Touristen zu befriedigen. Mit 2000 betroffenen Personen ist nur ein kleiner Teil dieser Sonntagsarbeitenden in Bahnhöfen und Flughäfen beschäftigt. Trotzdem dürfen wir nicht riskieren, dass diese 2000 Personen bei einem Nein zur Revision des Arbeitsgesetzes ihre Arbeit verlieren.

Bessere Rentabilität des öffentlichen Verkehrs

Mit der verbindlichen Regelung der bisherigen Praxis wird ein wichtiger Beitrag zur wirtschaftlichen Nachhaltigkeit des öffentlichen Verkehrs geleistet. Ein Nein zur Revision des Arbeitsgesetzes ist eindeutig gegen die Wirtschaftlichkeit der SBB gerichtet. Aus finanzpolitischer Sicht gilt es jedoch, das kommerzielle Potenzial der Bahnhöfe und Flughäfen optimal zu nutzen und die Rentabilität des öffentlichen Verkehrs zu verbessern. Hauptgewinner eines Ja zur Revision des Arbeitsgesetzes wären somit neben den Kunden, Angestellten und Betreibern des Detailhandels auch die Benutzerinnen und Benutzer des öffentlichen Verkehrs.

Anzeige

Recht verstehen...

Ihr Weg zum Recht.

www.binderlegal.ch
T 056 204 02 00
T 062 832 10 50

Binder
rechtsanwälte

Parole

FDP.CH

JA

Nein zur Forschungsverbots-Initiative

Das Gentech-Moratorium ist überflüssig, unehrlich und schädlich

Das Gentech-Moratorium ist überflüssig, weil das 2004 in Kraft gesetzte Gentechnikgesetz dem Schutz von Mensch, Tier und Umwelt grosse Bedeutung zumisst und bereits alle Bereiche umfassend regelt. Das Gesetz ist aus der Gen-Lex hervorgegangen, die als indirekter Gegenvorschlag zur Gentechnik-Initiative im Juni 1998 einen wichtigen Beitrag zur deutlichen Ablehnung der Initiative geleistet hat. Dieses Gesetz ist heute weltweit eines der strengsten: Es regelt die Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen in der Schweiz äusserst detailliert und sichert die Wahlfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten.

Von Johannes Randegger,
Nationalrat, Bettingen BS

Ziel des Gentechnikgesetzes ist der Schutz von Mensch, Tier und Umwelt vor Missbräuchen der Gentechnologie, ohne dass dabei Chancen vertan und ein konkreter Nutzen dieser neuen Technik behindert werden. Diesen Grundsatz hat das Parlament bei verschiedenen Gesetzesberatungen und in verschiedenen Abstimmungen durchgehalten und ein Freisetzungsmoratorium für

gentechnisch veränderte Organismen (GVO) stets abgelehnt. Die am 18. September 2003 eingereichte Volksinitiative «für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft» verlangt jetzt aber erneut ein fünfjähriges Verbot für die kommerzielle Anwendung der Gentechnik in der Landwirtschaft.

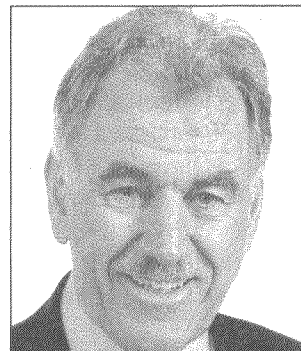
Initiative missachtet Volksentscheid

Diese Initiative missachtet zweierlei: Erstens den Volksentscheid zur Gentechnik-Initiative von 1998, bei dem ein Freisetzungsmoratorium für

verbot vom Volk sehr deutlich abgelehnt wurde, und zweitens die parlamentarischen Entscheide beim Gentechnikgesetz und bei der Revision des Landwirtschaftsgesetzes, bei welchen alle Moratoriumsanträge auf der Strecke geblieben sind.

Moratorium ist überflüssig

Seit 20 Jahren ist die ganze Gentechnikdiskussion eine sehr emotionale Angelegenheit. Jetzt ist es an der Zeit, sich sachlich mit Pro und Kontra auseinander zu setzen. Moratorien haben dabei noch nie zur Lösung von Problemen beigetragen, sondern nur notwendige Entscheidungen aufgeschoben – und dies zum Schaden von Fortschritt und Wettbewerbsfähigkeit. Es ist auch den Befürwortern des Moratoriums bekannt, dass es das Moratorium von der Sache her gar nicht braucht, weil sämtliche Schutzziele mit dem heutigen Gesetz garantiert sind und für jeden Schritt des Inverkehrbringens von



Johannes Randegger

GVO-Produkten strenge Anforderungen bestehen. Das Moratorium ist aber auch überflüssig, weil innerhalb der nächsten 5 Jahre, bedingt durch das aufwendige Zulassungsverfahren, ohnehin keine gentechnisch veränderten Organismen im kommerziellen Anbau freigesetzt werden. Hinzu kommt, dass die hinter der Initiative stehenden Umweltverbände das Privileg des Verbandsbeschwerderechts besitzen und dieses in jedem Fall einsetzen würden, um eine Freisetzung auf Jahre hinaus zu verzögern. Nicht zuletzt ist allen – Gegnern wie Befürwortern – bekannt, dass aktuell keine entsprechenden Gesuche gestellt sind.

Initianten verfolgen nicht die vorgegebenen Ziele

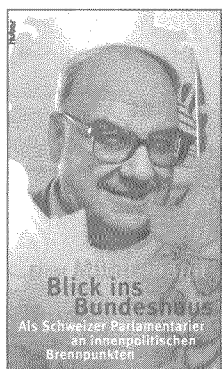
Das Moratorium ist nicht nur überflüssig, es ist auch ein unehrliches Begehren. Es geht den Initianten gar nicht um ein fünfjähriges Moratorium und somit auch nicht um die im Initiativtext festgehaltene Sache, die vorgegeben wird. Vielmehr geht es den Initianten um das langfristige Verbot der Gentechnik. Der Werdegang der Initiative zeigt dies deutlich auf. Zunächst

wollte man ein definitives Verbot durchsetzen. In Anbetracht der Schwierigkeiten, die es mit sich gebracht hätte, dem Stimmvolk eine solch dogmatische Position nahe zu bringen, wurde dieses Verbot ursprünglich auf ein Moratorium von zunächst 10 und schliesslich 5 Jahren zurückgestuft. In diesem Sinne ist die Initiative unehrlich. Wer ihr Glauben schenkt, wird eines Tages bitter enttäuscht sein. Die Initianten versprechen Bauern und Konsumenten Sachverhalte, die nicht eintreffen werden. Das haben sowohl die Leute vom Konsumentinnenforum bemerkt, die gegen die Vorlage antreten, wie auch verschiedene Landwirte, die ein bäuerliches Komitee gegen das Gentech-Moratorium gebildet haben. Das Moratorium nimmt Konsumenten die Wahlfreiheit und bevormundet die Schweizer Bauern. Nur importierte gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel wie Mais oder Soja dürften weiterhin verkauft werden – Produkte aus schweizerischer Herstellung hingegen nicht. Einmal mehr werden die Schweizer Bauern mit unnötigen Vorschriften eingeschränkt und im weltweiten Konkurrenzkampf benachteiligt.

Vernichtende Signale für Forschungsplatz Schweiz

Die Moratoriums-Initiative ist aber nicht nur überflüssig und unehrlich, sie ist auch schädlich – schädlich

Anzeige



Nach dem grossen Erfolg seines ersten Buches «Augenschein» legt Ernst Mühleman jetzt den zweiten Band seiner Erinnerungen als Nationalrat und als Schweizer Politiker vor: «**Blick ins Bundeshaus. Als Schweizer Parlamentarier an innenpolitischen Brennpunkten**». Entstanden ist das Buch eines staatspolitischen Pädagogen, eines Mannes aus dem Volk und eines unerbittlichen Kämpfers für mehr Eigenverantwortung und Eigeninitiative auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene.

364 Seiten, 116 Abbildungen
Zeittafel und Register
Gebunden mit Schutzumschlag
Fr. 58.–

Verlag Huber, Postfach, 8501 Frauenfeld
Tel. 052 723 57 91 / Fax 052 723 57 96
E-Mail: buchverlag@huber.ch

VERLAG
HUBER
FRAUENFELD
Huber

Nutzen der Gentechnologie – ein Schweizer Beispiel

Der Feuerbrand beschädigt immer mehr Obstbäume in der Schweiz. Insbesondere in der Ostschweiz sind sehr viele Bäume befallen, ganze Gemeinden müssen von diesem Übel befreit werden, indem alle Bäume gefällt werden.

Leider ist der Feuerbrand kaum behandelbar. Da es sich um eine Bakterieninfektion handelt, könnten die Bäume mit Antibiotika gespritzt werden. Dies ist indessen nicht erlaubt, da eine verbreitete Anwendung von Antibiotika Nebenwir-

kungen haben könnte. Indessen gibt es weltweit Forschungsgruppen, die versuchen, den Feuerbrand mit gentechnischen Methoden zu behandeln (Deutschland, Frankreich, USA) und gegen den Befall der Feuerbrand-Bakterien resistent zu machen. Im Labor funktioniert dies bereits.

Durch das Gentech-Moratorium würde in der Schweiz die Forschung auf diesem wichtigen Gebiet erschwert; eine praktische Anwendung der feuerbrandresistenten Obstbäume wäre verboten.

wegen der Signale, die ausgesendet werden. Weder Hochschulen noch Unternehmen finanzieren Projekte, erforschen und entwickeln neue Produkte in einem Land, in welchem bekannt ist, dass diese gar nicht genutzt werden können. Forschung, Entwicklung und letztlich kommerzieller Einsatz sind untrennbar miteinander verbunden. Die Initiative ist damit indirekt ein Angriff auf unseren Forschungsstandort. Die Schweiz nimmt heute in der biotechnologischen Forschung weltweit einen Spitzenplatz ein. Eine Schwächung unseres Forschungsstandorts dürfen wir nicht zulassen – dies vor allem auch im Hinblick auf kommende Generationen.

Was will die Landwirtschaft?

Auch die Landwirtschaft muss sich fragen, welche Signale sie aussenden will. Ist es das Signal, dass sich die Landwirte zusammen mit Linken und Grünen, mit Greenpeace, WWF und Pro Natura auf eine Seite schlagen, die auf die Gentechnik

und damit auch auf ihre Forschungserrungenchaften für immer verzichten wollen? Oder ist es das Signal, dass sie zusammen mit einem innovativen Wirtschaftszweig, der heute bereits über 150 in diesem Bereich tätige Firmen zählt, die Gentechnik weiter erforschen wollen, um eines Tages selber von ihr profitieren zu können? Um beispielsweise Kartoffeln anzupflanzen, die gegen die Kartoffelfäule immun sind, oder Obst anzubauen, das dem Feuerbrand widersteht? Wollen sie sich diesen Nutzungsoptionen wirklich verschliessen? Wer auf die Freiheit und Eigenverantwortung der Leute setzt, wer den Konsumentinnen und Konsumenten die Wahlfreiheit und den Bauern die Anbaufreiheit gewähren und den politischen Zwängereien eine klare Abfuhr erteilen will, der lehnt das Gentech-Moratorium entschieden ab. ■

Parole

FDP CH

NEIN

Veranstaltungen

Einladung

Zweiter Weltfreiheitstag und Verleihung des Nachwuchspreises des Liberalen Instituts

Am 9. 11. 2005 feiert das Liberale Institut gemeinsam mit seinen Freunden, Gönnern und Interessenten den Zweiten Weltfreiheitstag in Erinnerung an den Fall der Berliner Mauer.

Am Weltfreiheitstag soll daran erinnert werden, dass das 21. Jahrhundert ein Jahrhundert der Freiheit werden soll und dass der sozialistische Kollektivismus ein epochaler Irrtum war.

Das Gastreferat wird von der Tessiner Regierungsrätin Marina Masoni gehalten. Musikalische Umrahmung mit Hackbrettmusik durch Johannes Fuchs, Appenzell.

Anlässlich der Feier wird zum ersten Mal der Nachwuchspreis des Liberalen Instituts für Beiträge zur Förderung der Freiheit verliehen.

Wir führen die Feier wie schon 2004 zusammen mit der FDP der Stadt Zürich, des Kantons Zürich und der Schweiz durch und hoffen auf eine rege Beteiligung, ohne dass wir die Absicht oder die Ambition hätten, daraus einen Grossanlass zu machen.

Die Veranstaltung findet um 17.30 Uhr im Zunfthaus zur Zimmerleuten, Limmatquai 40 in Zürich, statt.

Anmeldetalon

Gerne nehme ich an der Feier vom 9. November teil.

Anzahl Personen: _____

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Bemerkungen: _____

Ein senden an: Liberales Institut (Fax 044 364 16 69, E-Mail: susruf@libinst.ch)

FDP-Delegierte einstimmig für «Eine Schweiz in Bewegung»

Gesundheitspolitik war das andere Hauptthema der Versammlung

An der Delegiertenversammlung vom 22. Oktober in Yverdon-les-Bains beschlossen die freisinnigen Delegierten einstimmige Unterstützung für das von den Nationalräten und Mitautoren Ruedi Noser (ZH) und Didier Burkhalter (NE) präsentierte Papier. Das Papier mit dem Titel «Eine Schweiz in Bewegung – Eine erfolgreiche Schweiz» definiert vier politische Handlungsfelder, auf denen sich die FDP in den kommenden Jahren profilieren will.

Sie finden das Papier im vollen Wortlaut auf den Seiten 12 bis 14 dieser Ausgabe des «Freisinns».

Mit der Erarbeitung konkreter Projekte in den vier Bereichen beginnt nun die Umsetzung.

In einem ersten Teil des Anlasses hatten die Delegierten über Reformmöglichkeiten in der schweizerischen Gesundheitspolitik aus freisinniger Sicht diskutiert. Bundesrat Pascal Couchepin zeigte in seiner Tour d'Horizon auf, bei welchen Kostentreibern der Hebel anzusetzen ist. Fraktionspräsident Felix Gutzwiller stellte den Delegierten anschliessend das 10-Punkte-Programm der FDP mit konkreten Lösungs- und Verbesserungsvorschlägen vor, welches in der offenen Diskussion auf breite Unterstützung der Anwesenden stiess. ■



Die FDP-Spitze bei den letzten Vorbereitungen auf die Delegiertenversammlung: (v. l. n. r.) Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz, Fraktionspräsident Felix Gutzwiller, Bundesrat Pascal Couchepin und Parteipräsident Fulvio Pelli.



Pascal Couchepin hatte bei seinen Ausführungen zur Gesundheitspolitik die volle Aufmerksamkeit der 220 anwesenden Delegierten.



Beatrice und Guido Hänggi scheuten die Anreise aus dem solothurnischen Schwarzbubenland nach Yverdon-les-Bains nicht.



Die Co-Autoren des Papiers, Nationalrat Ruedi Noser (links) und Nationalrat Didier Burkhalter, verfolgten interessiert die durchwegs positiven Wortmeldungen der Delegierten.

Die neue Migrationspolitik steht auf drei Säulen

Freisinnige Erfolge in der Herbstsession

Selten hat sich in der schweizerischen Migrationspolitik in derart kurzer Zeit so Grundlegendes geändert wie das seit dem 25. September 2005 geschehen ist. An diesem Tag hat der Schweizer Souverän bekanntlich der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf alle Staaten der Europäischen Union zugestimmt. Schon an den folgenden zwei Tagen hat der Nationalrat in zweiter Lesung die Teilrevision des Asylgesetzes beraten und massive Verbesserungen im Vollzugsbereich beschlossen. Bereits am dritten Tag hat die grosse Kammer das neue Ausländergesetz bereinigt, welches die Einwanderung von Personen aus Staaten von ausserhalb der EU neu regelt. In der kommenden Dezembersession werden der Stände- und der Nationalrat die letzten kleinen Differenzen bereinigen.

Von Philipp Müller,
Nationalrat, Reinach AG

Mit diesen neuen Regelungen steht die schweizerische Migrationspolitik inskünftig auf drei soliden Säulen. Säule 1 ist die Personenfreizügigkeit mit den EU- und EFTA-Staaten, Säule 2 ist die wesentlich restriktiver ausgestaltete Einwanderungsmöglichkeit für Personen von ausserhalb der EU, und die Säule 3 besteht aus einer konsequenten Verschärfung der Vollzugsmassnahmen im Asylbereich.

Versprechen umgesetzt

Damit hat das Parlament die im Abstimmungskampf zur Personenfreizügigkeit abgegebenen Versprechen sehr rasch umgesetzt. Es wird nun an den mit den Vollzugsaufgaben betrauten Behörden liegen, diese drei Säulen unserer neuen Migrationspolitik auch wirklich und mit aller Konsequenz zu implementieren. Säule 1: Beim freien Personenverkehr bedeutet dies,



Philipp Müller

dass wir mit aller Konsequenz Missbräuche und Lohndumping verhindern müssen. Die Massnahmen hierzu sind im schweizerischen Recht vorhanden und nicht von der EU abhängig. Sind wir hier nicht konsequent genug, wird der Souverän den am 25. September ausgestellten Vertrauens-Check schon bald wieder zurückfordern. Gelegenheit dazu hätte er im Jahr 2009, wenn die gesamte Personenfreizügigkeit im Rahmen eines Referendums nochmals zur Abstimmung gelangen könnte.

Säule 2: Das neue Ausländergesetz steuert die Einwanderung von Nicht-EU/

EFTA-Bürgern vor allem über die berufliche Qualifikation. So sind im Grundsatz nur noch Führungskräfte, Spezialisten und andere qualifizierte Arbeitskräfte zugelassen. Zudem müssen nebst der beruflichen Qualifikation die Sprachkenntnisse und das Alter eine nachhaltige Integration in den schweizerischen Arbeitsmarkt und das gesellschaftliche Umfeld erwarten lassen. Ausnahmebestimmungen gibt es nur noch für Investoren, Unternehmer, die Arbeitsplätze schaffen, anerkannte Personen aus Wissenschaft, Kultur und Sport sowie Personen mit besonderen Fähigkeiten, die bei uns benötigt werden.

Säule 3: Die emotionalste Neuregelung ist die Teilrevision des Asylgesetzes. Hier gingen im Parlament die Wogen hoch. Obwohl die Asylgesuchszahlen in jüngster Zeit stetig gesunken sind, sind die Probleme im Asylbereich keineswegs im hohen Gesuchszahlen, die uns vor grosse Probleme gestellt haben, stehen

heute Vollzugsprobleme im Vordergrund. Durchgesetzt hat sich im Parlament daher die Erkenntnis, dass ein Asylgesetz, dessen Vollzug nicht mehr möglich ist – weil sich abgewiesene Asylsuchende weigern, das Land zu verlassen –, die Akzeptanz der schweizerischen Flüchtlingspolitik und damit die humanitäre Tradition der Schweiz gefährdet. Folgerichtig weist die Revision des Asylgesetzes denn auch fast ausschliesslich Verbesserungen im Bereich des Vollzugs auf.

Vollzugsprobleme im Asylbereich angepackt

Eine ganze Palette von neuen gesetzlichen Möglichkeiten soll sicherstellen, dass rechtsstaatliche Entscheide auch umgesetzt werden können. Nebst der Verlängerung der Ausschaffungshaft von 9 auf 18 Monate ist dabei die neue sogenannte Durchsetzungshaft einer der Schwerpunkte im revidierten Gesetz. Sie ist eine Ergänzung zur Ausschaffungshaft, die nur verfügt werden darf, wenn die Ausschaffung auch wirklich möglich ist. Ein Bundesgerichtsurteil hat anhand eines konkreten Falles festgehalten, dass schon die zweimalige Weigerung, ein Flugzeug zu besteigen, die Entlassung aus der Ausschaffungshaft zur Folge haben muss. Ein derartiger Zustand ist rechtsstaatlich unbefriedigend. Daher hat

das Bundesgericht in selbigem Urteil auch festgehalten, dass für solche Fälle eine neue Haftform geschaffen werden muss. Diese neue Durchsetzungshaft ist für Personen bestimmt, die einen rechtskräftigen Wegweisungsentscheid haben und sich weigern, die Schweiz zu verlassen.

Ein neues Gesicht der Ausländerpolitik

Fazit: Mit den drei Säulen hat die schweizerische Ausländerpolitik ein völlig neues Gesicht erhalten. Die berufliche Qualifikation der einwandernden Arbeitskräfte wird insgesamt steigen, die Gesamteinwanderung wird primär von der schweizerischen Wirtschaftslage bestimmt, die Einwanderer werden wesentlich einfacher zu integrieren sein als bisher, und im Asylbereich erhalten die Behörden griffigere Instrumente, um unseren Gesetzen Nachachtung zu verschaffen. Wenn es diesmal nicht gelingt, eine transparente, nachvollziehbare und absolut konsequente Ausländerpolitik in die Tat umzusetzen, wird der Souverän dies schon bald an der Urne abstrafen. ■

Einladung

Die Bildungslandschaft im Wandel

Samstag, 12. November 2005, 9.00 Uhr

Hotel Banana City, Schaffhauserstrasse 8, 8400 Winterthur

Programm

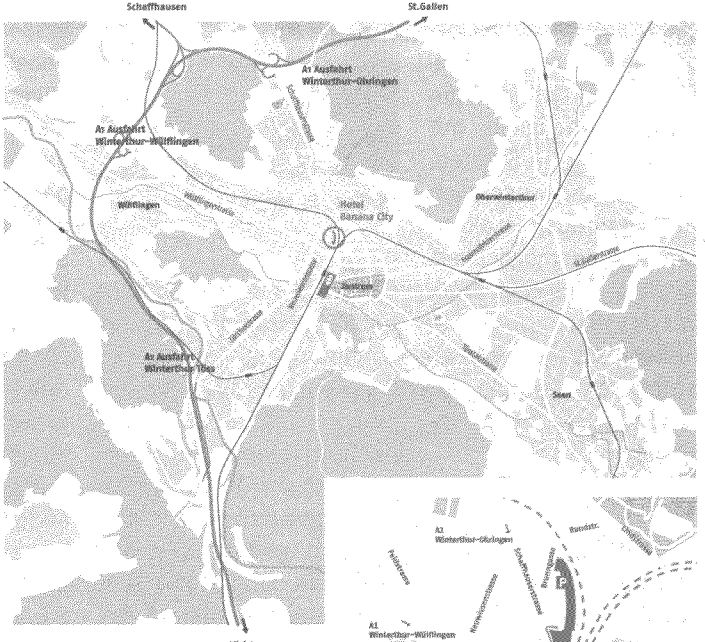
- 9.00 Kaffee/Gipfeli
- 9.30 **Begrüssung**
Verena Gick, Stadträtin, Winterthur
- 9.35 **Vorstellung des Tagesprogramms und der Leitlinien der FDP in der Bildungspolitik**
Ruedi Noser (ZH),
Nationalrat, Vizepräsident der FDP Schweiz
- 9.40 **Die Bildungs- und Forschungspolitik des Bundesrats**
Pascal Couchepin, Bundesrat
- Bund und Kantone auf dem Weg zu einer verstärkten Zusammenarbeit**
Hans Ulrich Stoeckling (SG),
Regierungsrat, Präsident der EDK
- Auf dem Weg zu einem Universitätsraum Schweiz**
Johannes Randegger (BS),
Nationalrat, Mitglied der WBK-N
- 10.20 **Podiumsdiskussion über die Zukunft der obligatorischen Schule**
(Diskussion unter Einbezug des Publikums)
- Moderation:** Ruedi Noser
- Teilnehmende:**
Pascal Couchepin
Hans-Ulrich Stoeckling
Carolyn Bodmer, Gemeinderätin, Winterthur
Felix Helg, Mitglied der Kreisschulpflege Winterthur-Töss
- 11.00 Pause – Apéro
- 11.25 **Die Zukunft der Hochschulen in der Schweiz**
(Diskussion unter Einbezug des Publikums)
- Moderation:** Johannes Randegger
- Teilnehmende:**
Pascal Couchepin
Ruedi Noser
Alexander JB. Zehnder, Präsident ETH-Rat
Dieter Kläy, Kantonsrat,
Präsident der FDP Stadt Winterthur
- 12.10 **Verabschiedung**
Ruedi Noser

Kosten:

20 Franken

Anmeldeschluss:

Freitag, 11. November 2005
FDP Schweiz
Neuengasse 20, Postfach 6136
3001 Bern
Tel. 031 320 35 19
Fax 031 320 35 00
E-Mail: leprat@prd.ch



Anreise / Plan

Mit öffentlichen Verkehrsmitteln
Hauptbahnhof Winterthur, Ausgang Rudolfstrasse (auf der «Rückseite» des Bahnhofs). Unter der Baumallee nach rechts gehen, zur Unterführung Wülflingerstrasse, diese geradeaus überqueren und ein kleines Stück auf der Schaffhauserstrasse hochgehen. In nur drei Gehminuten sind Sie dort.

Mit dem Auto
Autobahnausfahrt A1 «Winterthur-Ohringen», Richtung Stadtzentrum fahren. Immer auf der Schaffhauserstrasse bleiben. Kurz nach dem Bahnübergang links abzweigen (Wegweisung). Die Fahrzeit vom Flughafen Zürich-Kloten ins Hotel dauert rund 20 Minuten.

Ab Zürich-Flughafen
Die Bahnfahrt nach Winterthur dauert rund 14 Minuten (S-Bahnnetz).

Schweizweite Harmonisierung der Schulsysteme ist auf gutem Weg

Ein Jahr nach den FDP-Beschlüssen steht die Bildungsverfassung

Im Oktober 2004 haben die freisinnigen Delegierten in Martigny eine Resolution für ein harmonisiertes Schulsystem in der Schweiz verabschiedet. Die Bilanz nach einem Jahr ist positiv: Einerseits ist die neue Bildungsverfassung, die auf Bundesebene die Grundlage für einen koordinierten Schulraum Schweiz bildet, in der Herbstsession im Nationalrat beraten worden, und andererseits haben sich die Erziehungsdirektoren mit dem Projekt HarmoS auf Bildungsstandards bei den Stufenübergängen geeinigt.

Von Christa Markwalder,
Nationalrätin, Burgdorf BE



Christa Markwalder

Langsam, aber sicher kommt Bewegung in die Bildungslandschaft Schweiz. Nachdem seit mehr als einem Jahrhundert (!) an der Koordination des schweizerischen Schulsystems gewerkelt wird und in jüngerer Zeit einzelne Kantone mit ihren bildungspolitischen Sololäufen provoziert haben, verspricht die neue Verfassungsgrundlage nun eine solide Basis für einen Bildungsraum Schweiz mit hoher Qualität und Durchlässigkeit zu werden.

Bildungsverfassung ist freisinniges Werk

In jahrelanger politischer Feinarbeit unter freisinniger Führung von Johannes Randegger im Nationalrat, Christiane Langenberger im Ständerat und Hans-Ulrich Stöckling in der Erziehungsdirektorenkonferenz wurde die neue Bildungsverfassung ausgearbeitet. Neu sind Bund und Kantone gemeinsam für die Qualität und Durchlässigkeit im Bildungsbereich verantwortlich und zur Koordination verpflichtet. Für das Schulwesen bleiben in erster Linie die Kantone zuständig, der Bund erhält jedoch eine subsidiäre Kompetenz, Vorschriften zu erlassen, wenn sich die Kantone nicht einigen können. Zudem besteht die Möglichkeit, interkantonale Ver-

träge auch im Bereich Schulwesen und Universitäten auf Antrag interessierter Kantone als allgemein verbindlich zu erklären oder die Kantone zur Beteiligung zu verpflichten.

Die wichtigen Neuerungen

Schlüsselnorm in der neuen Bildungsverfassung ist Art. 62 Abs. 4 BV, der die Harmonisierung des Schuleintrittsalters und der Schulpflicht, der Dauer und Ziele der Bildungsstufen und deren Übergänge (inklusive der Zugänge zu den Hochschulen) sowie der Anerkennung von Abschlüssen festschreibt. Die zweite wichtige Neuerung ist die Aufnahme des Hochschulartikels, der eine gesamtschweizerisch klar konzipierte Führung des gesamten Hochschulbereiches und eine transparente Finanzierung vorsieht. Zusammen mit den Bestimmungen über die Berufsbildung,

Forschung, Weiterbildung und über die Ausbildungsbeiträge ist die neue Bildungsverfassung ein in sich kohärentes Werk, das die Zustimmung von Volk und Ständen verdient. Die FDP muss sich deshalb auf allen Ebenen für die Annahme der Vorlage einsetzen. Eine erste Fachtagung hierzu fand am 27. August in Genf statt, eine zweite folgt am 12. November in Winterthur (siehe linke Seite).

FDP hat umfassenden Blick auf das Bildungswesen


Die Arbeit im Bildungsbereich geht aber auch innerhalb der Partei weiter. Die Delegiertenversammlung hat in Yverdon-les-Bains einstimmig das Papier «Eine Schweiz in Bewegung – Eine erfolgreiche Schweiz» verabschiedet. Einen der vier Schwerpunkte bildet die «intelligente Schweiz». Unser Land soll weltweit zu den führenden Denk- und Wissensstandorten gehören. Während unser Forschungsplatz international gut mithalten kann, wenn wir genügend Mittel investieren und ihn nicht mit Moratorien

sabotieren, muss ein besonderes Augenmerk auf die Schulbildung gelegt werden. Ein breites Angebot an Tagesschulen soll nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit fördern, sondern dient vor allem auch dem Wohl der Kinder. Unterricht, Freizeitgestaltung, Aufgabenbetreuung und richtige Ernährung bieten ein gutes pädagogisches Umfeld für erfolgreiches Lernen.

Einige Ziele müssen kantonal angegangen werden

Auch die übrigen Forderungen von Martigny sind noch nicht alle erfüllt. Mit der Annahme der Bildungsverfassung werden zwar die Mobilitätshürden abgebaut und der Bund wird in die Verantwortung für die Qualität der Bildung miteinbezogen. Doch auch eine transparente Leistungsbeurteilung der Schüler und die Evaluation der Lehrpersonen bleiben wichtige Anliegen der FDP, denen es auf kantonaler Ebene zum Durchbruch zu verhelfen gilt. ■

Anzeige



KLINIK AADORF
Klinische Psychotherapie

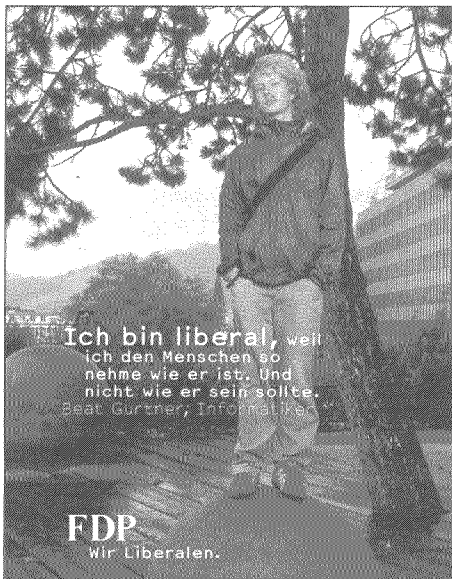
Wir begleiten Sie bei
Krisen, Stress, Burnout

Kompetent – ganzheitlich – menschlich

Dr. med. Hans König, Chefarzt
Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie FMH
Föhrenbergstrasse 23, 8355 Aadorf, Tel. 052 368 88 88

Eine Schweiz in Bewegung

Eine erfolgreiche Schweiz



I. Wer sind wir?

Wir sind liberal, optimistisch, unabhängig!

Wir Freisinnigen haben die moderne Schweiz gegründet. Wir stehen am Ursprung des politischen Sys-

tems von 1848, das auch heute noch das politische Geschehen in unserem Land bestimmt. Das libe-

rale Gedankengut hat sich weiterentwickelt und zwischenzeitlich den Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts angepasst; doch hat es heute wie früher das gleiche Ziel: die Garantie der individuellen Freiheit und Würde sowie der demokratischen Ordnung in einer Gesellschaft, die das Streben nach Erfolg positiv bewertet.

Wir Liberalen fördern in der Schweiz ein Klima des Fortschritts und des Wettbewerbs. Wir stehen für die persönliche Freiheit des Einzelnen in Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur ein. Wir kämpfen für die ständige Anpassung

unserer politischen und sozialen Instrumente an die neuen Realitäten. Wir lehnen Tabus und Vorurteile ab.

Wir Liberalen wollen einen schlanken, starken Staat, der die Rahmenbedingungen für Freiheit und Gerechtigkeit schafft. Wir wollen eine Gesellschaft, in welcher die Menschen die Chance haben, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es für richtig halten. Wir setzen dabei auf das Verantwortungsbewusstsein eines jeden Einzelnen.

Wir sind die Partei, die sich mit der Bevölkerung im ständigen Dialog befindet. Wir diskutieren mit den

Menschen offen und wollen sie für neue Lösungen gewinnen.

Auch schwierige Reformen wollen wir zusammen mit der Bevölkerung realisieren.

Wir sind die Partei der Inhalte. Wer FDP wählt, entscheidet sich für Intelligenz und Mut. Wir wollen Inhalte erarbeiten und prägen; unsere Köpfe tragen Verantwortung.

II. Wer wählt uns?

Wir wollen neue Wählerinnen und Wähler überzeugen!

Die freisinnig-demokratische Partei wendet sich ohne Ausnahme an alle Menschen, welche diese von Mut und Zukunftsoptimismus zeugenden liberalen Wertvorstellungen teilen.

Wir sind die Partei für liberale, moderne und dem Fortschritt gegenüber offen

stehende Menschen. Wir sind in allen Regionen der Schweiz vertreten, im Mittelstand verwurzelt und können zusätzlich zur bisherigen Wählerschaft bei der jüngeren, weiblichen und urbanen Wählerschaft am meisten Potenzial erschliessen.

III. Welche Gesellschaft wollen wir?

Wir wollen eine offene, gerechte, zukunftsgerichtete Schweiz!

a) Der mündige Bürger mit seinen Fähigkeiten und seiner Eigeninitiative steht im Zentrum der Gesellschaft. Der Staat bietet die notwendigen Rahmenbedingungen an, damit jeder Einzelne die Chance auf Erfolg hat.

b) Leistung und Erfolg wird in der Schweiz positiv bewertet. Gesellschaften, welche den Erfolg auf der Basis einer liberalen Werthaltung anstreben, sind erfolgreich und gerecht, weil sie Chancengleichheit bieten.

c) Wir müssen uns öffnen – sowohl im Innern als auch gegen aussen. Die erfolgreiche Schweiz hat sich immer durch eine offene Gesellschaft ausgezeichnet. Die Geschichte der Schweiz zeigt, dass Öffnung eine Chance ist und keine Gefahr.

d) Wir gehören zu den erfolgreichsten Wissensgesellschaften. Voraussetzung dafür ist Leistungswille, verknüpft mit Investition in Bildung. Die

Schweiz eignet sich hervorragend als Standort für Forschung, Wirtschaft und internationale Organisationen. Auf diese Grundsätze abgestützte Reformen werden die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schweiz verbessern und somit den Wohlstand im Land erhöhen. Die Schweizer Bevölkerung kann der Zukunft mit Optimismus begegnen; Zuversicht tritt an die Stelle der Angst.

2. Die wachsende Schweiz – Europas führende Wachstumsnation

Die Schweiz ist eine führende Wachstumsnation. Die Finanzhaushalte des Bundes und der Kantone sind gesund. Die Wirtschaft ist dank Wettbewerb innovativ, und der Binnenmarkt zeichnet sich durch effiziente, dem Wettbewerb angepasste Strukturen aus.² Kleine und mittlere Unternehmen finden in der Schweiz Standortvorteile. Für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen bestehen starke Anreize. Unternehmen kommen zur Entwicklung neuer Technologien in die Schweiz, weil sie in unserem Land willkommen sind und die besten, motiviertesten Arbeitskräfte sowie optimale Rahmenbedingungen vorfinden.

Administrative Verfahren sind vereinfacht und bürokratische Hindernisse, die dem Unternehmergeist im Weg stehen, aufgehoben. Die langfristige Stabilität und Berechenbarkeit der Rechtsordnung ist gewährleistet; die Rekursrechte unterliegen dem Prinzip der Verhältnismässigkeit. Staatliche Aufgaben werden periodisch im Hinblick auf ihren Beitrag zu Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit des Landes überprüft und bei fehlender Rechtfertigung aufgehoben.³ Damit werden Handlungsspielraum und eine gesicherte Finanzierung für die Übernahme allfälliger neuer Aufgaben geschaffen. Staatsanteil und Fiskalquote werden nicht weiter erhöht, sondern gesenkt.

Das Steuersystem ist vereinfacht sowie effizienter und transparenter ausgestaltet.⁴ Im Gegensatz zum Konsum werden Arbeit, Produktion und Einkommen weniger stark belastet. Zwischen Steuerpflichtigen und Steuerverwaltung herrscht Vertrauen, und die Anwendung der Steuergesetze ist berechenbar. Der Entlastung der Familien und des Mittelstandes gilt ein besonderes Augenmerk. Das verfügbare Einkommen der Bürgerinnen und Bürger ist gestiegen und der Markt von einer liberalen, der Wahlfreiheit verpflichteten Konsumentenpolitik geprägt.⁵ Die Einführung der Individualbesteuerung verfolgt das Ziel, Fehlanreize bezüglich des Einstiegs und Verbleibs der Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen.⁶ Das Mehrwertsteuersystem ist erheblich vereinfacht. Die Schweiz hat nur noch einen einheitlichen, europaweit tiefsten Mehrwertsteuersatz.

² Projekt Avenir Radical: Destination Wettbewerb – die Hochpreisinsel verlassen

³ Projekt Avenir Radical: Subventionsabbau – reduzieren statt zelebrieren

⁴ Projekt Avenir Radical: Einfach steuern – Durchblick im Steuerdschunigel

⁵ Projekt Avenir Radical: Konsumtenfreiheit – Kaufen, wann, wo und wie es beliebt

⁶ Projekt Avenir Radical: Anders steuern – Individual- statt Gemeinschaftsbesteuerung

IV. Welche Projekte verfolgen wir?

Im Interesse der Schweiz und der in der Schweiz lebenden Menschen wollen wir vier umfassende Ziele verfolgen.

1. Die intelligente Schweiz – die Wissensgesellschaft mit den besten Startchancen

Die Schweiz gehört zu den weltweit führenden Denk- und Wissensstandorten. Die Bildungssysteme sind harmonisiert und richten sich nach den besten Standards aus. Sie verfügen über wirtschafts- und familienfreundliche Strukturen, die auch der Integration junger Ausländerinnen und Ausländer in unsere Gesellschaft dienen.¹ Die schweizerischen Schul- und Berufsbildungssysteme basieren auf dem Prinzip der Chancengleichheit und leisten somit einen wesentlichen Beitrag zum Ausgleich zwischen den sozialen Schichten. Qualität und Leistung werden im Bildungsbereich auf allen Ebe-

nen gefördert und haben einen hohen Stellenwert. Schweizerische Hochschulstudien geniessen ein weltweites Renommee. Die Forschung hat in der Schweiz politische Priorität und setzt ihre Schwerpunkte in zukunftssträchtigen Bereichen. Die Forschung entwickelt sich in einem von Freiheit und Verantwortungsbeusstsein geprägten Rahmen. Es gilt die Devise: Regeln statt Verbote und Moratorien. Die Schweiz nutzt die natürlichen Ressourcen nachhaltig. Innovative Ideen werden in der Schweiz nicht bloss ausformuliert, sondern auch konkret umgesetzt.

Wirtschaft und Verwaltung setzen neue Technologien ein und unterstützen die Umsetzung neuer Lösungen mit Nachdruck. Die Devise lautet: mehr Investitionen in Intelligenz und Fähigkeiten statt in Strukturerehalt und unnötigen Beton.

¹ Projekt Avenir Radical: Schulharmonie und Tagesschulen – von den Besten lernen

3. Die soziale, gerechte und moderne Schweiz – optimale Chancen für den individuellen Erfolg

Die Arbeitsbedingungen sind für alle Frauen und Männer optimal: Es bestehen verschiedenste Optionen, im Rahmen der individuellen Möglichkeiten erfolgreich zu sein und gefördert zu werden.

Die Arbeitslosenquote ist aufgrund des Wirtschaftswachstums sowie der Leistungsbereitschaft im Bildungsbereich tief. Wer keine Stelle findet, erhält durch Arbeits- und Bildungsprogramme und entsprechende Anreize die notwendige Unterstützung zur baldigen Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt.⁷ Frauen und Männer können mit 65 Jahren in den Ruhestand treten; im Gegenzug ist sichergestellt, dass die Leute bis zum Alter von 65 Jahren arbeiten können. Positive Anreize helfen jenen, die freiwillig über das Regelrentenalter hinaus arbeiten möchten.

Die Sozialwerke, insbesondere die Altersvorsorge, sind finanziell nachhaltig stabilisiert. Weitsichtige Reformen und ein stark verbessertes Wirtschaftswachstum sorgen für Generationengerechtigkeit. Eine Mehrbelastung der aktiven Generation ist ausgeschlossen, wenn nicht gleichzeitig das frei verfügbare Haushaltseinkommen steigt.

Effiziente und gerechte Sozialversicherungen garantieren nicht nur die soziale Sicherheit, sondern sind auch dem Zukunftsoptimismus in unserer Gesellschaft dienlich.

⁷ Projekt Avenir Radical: Arbeit vor Sozialleistung – Arbeit muss sich lohnen

4. Die offene Schweiz – eine fortschrittliche, international vernetzte Gesellschaft

In einer offenen, sicheren und toleranten Schweiz haben alle Menschen die gleichen, guten Voraussetzungen zur Verwirklichung ihrer individuellen Lebenspläne; sie können ihr Leben frei gestalten und sind aufgrund der Wahl ihrer Lebensform keinen Diskriminierungen ausgesetzt. Die kulturelle Vielfalt der Gesellschaft wird als Bereicherung erachtet.

Die Gleichstellung von Mann und Frau wird im Alltag konsequent gelebt: Unterschiedliche Löhne für gleiche Arbeit bei gleicher Qualifikation gehören der Vergangenheit an. Die zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung ist eingeführt. Kindererziehung und Beruf/Karriere sind dank gut verfügbaren Betreuungsstrukturen für beide Elternteile vereinbar.

Eine liberale Gesellschaft zeichnet sich durch Offenheit gegenüber Forschung und medizinischem Fortschritt aus; sie weiss um deren Bedeutung für den Wirtschafts- und Wissensstandort Schweiz und um die Zukunftschancen für unsere Bevölkerung.

Die Beziehungen der Schweiz zum Ausland sind von Offenheit geprägt. Die internationale Vernetzung dient den Landesinteressen und bringt ein Plus an Sicherheit. In

ihren Beziehungen zur Europäischen Union geht die Schweiz den bilateralen Weg.

Die laufenden Entwicklungen innerhalb der EU sowie der Bedarf der Schweiz für eine weitere materielle oder formelle Zusammenarbeit mit den europäischen Staaten wird fortlaufend analysiert. Die Schweiz engagiert sich ausserhalb Europas für den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen.

Die Schweiz engagiert sich im Rahmen internationaler Organisationen, allen voran der UNO, aktiv für eine liberale Weltordnung. Sie setzt alles daran, ihre Gastgeberrolle als Standort internationaler Institutionen von grosser Bedeutung weiter auszubauen.

Die Schweiz verstärkt ihr internationales sicherheitspolitisches Engagement, um ihren Beitrag zur Friedenssicherung und Krisenprävention vor Ort zu leisten und somit auch sicherheitsbedingte Migrationsströme einzudämmen.

Die modernisierte Schweizer Armee richtet ihr Wirkungsfeld an den aktuellen und zukünftigen Bedrohungen aus. Mittels internationaler Vernetzung gewinnt die Schweiz und damit auch die Schweizer Bevölkerung an Sicherheit.

V. Wie kommen wir zur Realisierung dieser Projekte?

Wir wollen die Liberalen aus der ganzen Schweiz versammeln und mobilisieren.

Wir wollen sämtliche liberalen Kräfte in unserem Land mobilisieren. Wir Liberalen wollen die Kraft entwickeln, dieses Land wieder in Bewegung zu bringen.

Diese Strategie entstand aufgrund eines Ideenpapiers des Präsidiums und der anschliessenden Stellungnahmen der Geschäftsleitung und der Kantonalparteien.

Bis im Frühling 2006 werden die für die Umsetzung der Massnahmen innerhalb der vier Zielbereiche geeigneten politischen Instrumente vorbereitet, so dass ein grösstmögliches Engagement sämtlicher Liberalen der Schweiz möglich

wird. So sollen zum Beispiel präzise politische Thesen vorgelegt werden können, über die an Delegiertenversammlungen debattiert und entschieden wird. Und/oder es soll eine in den Parlamenten von Bund, Kantonen und Gemeinden vorzubringende gemeinsame Stellungnahme vorbereitet werden. Und/oder es werden Volksinitiativen auf Bundesebene lanciert. Und/oder es werden Veranstaltungen auf nationaler oder regionaler Ebene organisiert; usw.

2006–....:

Umsetzung der Aktionen auf allen politischen Ebenen.

Machen Sie Ihre Meinung öffentlich.

Nehmen Sie an der Wertedebatte teil.

Bewegen Sie die Schweiz.

Was bedeutet für Sie Freiheit, Verantwortung, Gerechtigkeit, Toleranz, Glück, Erfolg? Was ist für Sie die Schweiz? Warum sind Sie liberal? Schicken Sie uns Ihr Statement. Die Schreiberinnen und Schreiber der besten Statements werden fotografiert und auf der «Wir Liberalen»-Plattform vorgestellt.

Einsendeadresse:

FDP Schweiz, «Statement», Postfach 6136, 3001 Bern, oder statement@wirliberalen.ch

www.wirliberalen.ch



Einladung

zum Abstimmungs-Fest

Sonntag, 27. November, 13.00 – 17.00 Uhr
Restaurant Äusserer Stand,
Zeughausgasse, Bern



zu vernünftigen
Ladenöffnungszeiten



Revidiertes Asylgesetz bringt den Kantonen klare Vorteile

Der Vollzug wird spürbar vereinfacht

Die von den eidgenössischen Räten verabschiedeten Änderungen im Asylgesetz bringen den Kantonen erhebliche finanzielle und vor allem administrative Verbesserungen. Besonders bei der Beschleunigung von Asylverfahren und der Erleichterung im Vollzug der Wegweisungen werden entscheidende Schritte nach vorne erwartet. Für einzelne Härtefälle soll aber auch mit dem revidierten Asylgesetz eine spezielle Regelung gefunden werden können.

Von Dora Andres,
Regierungsrätin, Brienz BE

Seit April 2004 erhalten Personen, auf deren Asylgesuch das Bundesamt für Migration nicht eintritt, ab Rechtskraft des Entscheides keine Sozialhilfe mehr. Sie werden im Empfangszentrum angehalten, die Schweiz selbständig zu verlassen und gelten ab diesem Zeitpunkt als illegal Anwesende. Nur wer sich in einer Notlage befindet, hat Anspruch auf kantonale Leistung staatlicher Nothilfe.

Positive Erfahrungen mit Sozialhilfestopp

Die Erfahrungen, welche die Kantone mit der Umsetzung des Entlastungsprogramms 03 im Asylbereich gesammelt haben, lassen mit einiger Sicherheit vermuten, dass das System einen dissuasiven Effekt auf potenzielle Asylsuchende hat: Die Anzahl der Gesuche ist markant gesunken. Da gleichzeitig die Anerkennungquote gestiegen ist, kann davon ausgegangen werden, dass in der grossen Mehrzahl



Dora Andres

Armutsmigranten abgeschreckt werden und tatsächlich verfolgte Personen in der Schweiz noch immer um Asyl ersuchen.

Ausdehnung ist angezeigt

Die Beschränkung auf Personen mit Nichteintretensentscheid kann als Testphase angesehen werden, da es inhaltlich keinen Grund gibt, Personen mit einem materiell negativen Asylgesuch besser zu behandeln. Die Ausdehnung des Sozialhilfestopps ist deshalb rechtlich konsequent und aufgrund der erwähnten positiven Erfahrungen inhaltlich geboten. Problematisch aus Sicht der Kantone war in erster Linie die finanzielle Belas-

tung, welche die Gewährung der Nothilfe mit sich brachte. Da der Bund nur noch pauschal 600 Franken pro Nichteintretensentscheid ausrichtet, entstanden teilweise grosse Unterdeckungen, die aus Kantonsmitteln finanziert werden müssen. Hier fielen insbesondere die sogenannten Altfälle ins Gewicht, die bei Inkrafttreten der neuen Regelung zum Teil bereits seit Jahren Sozialhilfe bezogen. Aus heutiger Sicht sollte die künftige Regelung jedoch knappen genügen, wenn der Kanton das neue System konsequent und rasch umsetzt. Es sollte nicht verschwiegen werden, dass das neue System das Problem der illegalen Arbeitsmigration nicht lösen kann. Dieses kann nur in internationaler Zusammenarbeit angegangen werden und wird die Schweiz und Europa in den kommenden Jahrzehnten weiter beschäftigen. Es entlastet aber den kostenaufwendigen Asylbereich und hat deshalb seine volle Berechtigung: Durch das Verfahren sollen nur diejenigen Personen gehen, deren Asylgesuch eine ernsthafte Chance hat.

Revision führt zu beschleunigten Verfahren

Das revidierte Asylgesetz sowie die dazu gehörende Verordnungsrevision beinhalten eine ganze Reihe von Bestimmungen, die in

erster Linie die Beschleunigung des Asylverfahrens zur Folge haben. Es handelt sich um die Einführung von Ordnungsfristen für die Bearbeitung der Gesuche beim Bundesamt für Migration (BFM) und der Rekurskommission (ARK), um das Ziel, zwei Drittel der Gesuche bereits während des Aufenthaltes in den Empfangszentren des Bundes abzuschliessen, um die Verstärkung des Vollzuges ab dem Empfangszentrum und um die dort neu anzusiedelnde Rückkehrberatung (ein Projekt, das im Pilotversuch bereits sehr erfolgreich war). Da das Bundesamt und die Asylrekurskommission für diesen Bereich zuständig sind, betrifft die Umsetzung dieser Punkte die Kantone nur indirekt, erleichtert aber den Vollzug insofern, dass die Betroffenen sich nicht in den Kantonen zu integrieren beginnen und so nicht zu Härtefällen werden. Ausserdem spart die Schweiz damit Sozialhilfekosten in grösserem Umfang.

Vollzug von Wegweisungen wird einfacher

Folgende Änderungen vereinfachen den Kantonen den Vollzug der Wegweisungen: Der Nichteintretensstatbestand bei Papierlosigkeit wird viele Asylsuchende motivieren, Identitätsausweise vorzulegen. Dies erleichtert die zwangsweise

Wegweisung enorm. Dasselbe gilt für die Möglichkeit, die Papierbeschaffung bereits nach einem erstinstanzlichen Entscheid in die Wege zu leiten, da die Kantone während der Beschwerdephase nicht einfach zuwarten müssen.

Im Bereich der Zwangsmassnahmen wird die Verlängerung der Ausschaffungshaft in denjenigen Einzelfällen eine Erleichterung bringen, wo Personen kurz vor erfolgreicher Papierbeschaffung entlassen werden müssen, weil die Haftdauer sonst überschritten würde. Die Effektivität der neuen Durchsetzungshaft wird sich erst erweisen müssen. Aufgrund der hohen Kosten wird dieses Mittel wohl nicht allzu oft zum Einsatz kommen, kann aber ebenfalls in begründeten Einzelfällen von Nutzen sein. Eine weitere Hilfe wird der neue Tatbestand für Ein- und Ausgrenzungen sein, die künftig einfach aufgrund der rechtskräftigen Wegweisung verhängt werden dürfen. Dies könnte zusätzlich einen Anreiz zur Kooperation bei der Papierbeschaffung zeitigen, da gewisse Personen eine Eingrenzung auf einen unattraktiven Standort als demotivierend empfinden.

Einzelfälle finden weiterhin Gehör

Erleichterung wird aber auch die neue Möglichkeit bringen, in Einzelfällen Personen, die mehrere Jahre in der Schweiz sind und deren Wegweisung der Kanton als menschlich unzumutbar erachtet, mit Zustimmung des Bundes dauerhaft zu regeln. ■

Heuchlerische Huldigung

FDP-Frauen geschlossen für ein familien- und frauenfreundliches Ja zum Arbeitsgesetz am 27. November

Das überparteiliche Komitee «Frauen für liberale Ladenöffnungszeiten», dem unter Federführung der FDP-Frauen Schweiz bereits über 100 Frauen aus Politik und Wirtschaft angehören, kämpft für ein Ja zum Arbeitsgesetz. Das Komitee kritisiert die jüngsten Äusserungen von Gewerkschaftsfunktionären und Kirchenvertretern, welche die Vorlage angesichts fehlender sachlicher Argumente als frauen- und familienfeindlich zu brandmarken versuchen. Das Gegenteil trifft zu: Gerade auch Frauen profitieren.

Von Regierungsrätin
Marianne Dürst,
Präsidentin FDP-Frauen
Schweiz, Glarus, Co-
Präsidentin Komitee
«Frauen für liberale
Ladenöffnungszeiten»

Am 27. November werden die Stimmberechtigten darüber entscheiden, ob die Läden in grösseren Bahnhöfen und Flughäfen auch sonntags geöffnet und Angestellte beschäftigt werden dürfen. Diese Vorlage schafft nicht nur die nötige Rechtssicherheit, sondern entspricht den Bedürfnissen einer modernen Gesellschaft. Ein von den FDP-Frauen initiiertes überparteiliches Frauenkomitee will die Chance nutzen, anhand der Vorlage wichtige frauenpolitische Anliegen wie die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die flexiblere Arbeitszeitgestaltung sowie die generellen Rahmenbedingungen im Alltag zu thematisieren.

Unverständlich

Das Komitee nimmt mit völligem Unverständnis zur Kenntnis, dass nun jüngst ausgerechnet einzelne Gewerkschaftsfunktionäre

und Kirchenvertreter versuchen, die Vorlage als frauenfeindlich zu brandmarken. Wer behauptet, die Vorlage richte sich gegen die Frauen und die Familie, der will nicht nur die Bürgerinnen und Bürger bevormunden, sondern versucht auch, dem Stimmvolk Sand in die Augen zu streuen. Denn das Gegenteil trifft zu: Für eine grosse Zahl von Familien ist ein Zusatzverdienst mehr als willkommen. Viele Geschäfte bezahlen ihren Angestellten am Sonntag erhebliche Zuschläge. Die Kinderbetreuung lässt sich am Wochenende häufig familienintern einfacher und ohne teure externe Lösung sicherstellen. So lässt es sich auch erklären, dass für entsprechende Arbeitsplätze sogar Wartelisten bestehen. Auch freie Zeit unter der Woche hat ihren Erholungswert und wird von Frauen (und Männern) geschätzt. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen keine Bevormundung. Jeder soll selber entscheiden können, wie er oder sie die sieben Tage der Woche verbringt. Sei dies nun der Dienstag oder der Sonntag.

Inkonsequent

Gerade die urplötzliche Huldigung des Sonntages durch gewisse Gewerkschaftsfunktionäre ist stossend. Tatsache ist, dass heute bereits in vielen Berufen selbstverständlich übers Wochenende gearbeitet wird. Auch das Servicepersonal, Angestellte von Bus- und Bahnbetrieben, Medienschaffende und viele andere mehr stehen im Einsatz. Konsequenterweise müssten all diejenigen, die sich gegen die Vorlage stellen, künftig darauf verzichten, am Sonntag im Restaurant zu essen, ins Kino oder in die Badi zu gehen, fernzusehen oder Radio zu hören. Ja, gar auf die Zeitungslektüre am Montag müsste richtigerweise verzichtet werden, weil diese ja am Sonntag geschrieben und gedruckt wird.

Anfang vom Ende

Ein Nein zur Vorlage wäre der Anfang vom Ende. Die Gewerkschaften arbeiten seit Jahren darauf hin, die Adventsverkäufe abzuschaffen. Auch die Tourismusregionen riskieren, ihren Sonderstatus zu verlieren. Standortvorteile und Attraktivität würden leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Nur ein Ja am 27. November sichert Arbeitsplätze, entlastet berufstätige Eltern, fördert attraktive Zentren des öffentlichen Verkehrs und dient damit uns allen. ■



Heisst es bald an Bahnhöfen und Flughäfen «Schweiz: Heute geschlossen»?

Werden Sie aktiv!

Bestellen Sie gratis den Flyer «Ja zu familienfreundlichen Ladenöffnungszeiten» mit den wichtigsten Argumenten für ein Ja am 27. November. Werden Sie Mitglied des Komitees «Frauen für liberale Ladenöffnungszeiten» oder unterstützen sie die Kampagne finanziell. Die FDP-Frauen danken Ihnen!

Kontakt:

irene.thalmann@bluewin.ch
PC-Konto FDP-Frauen Schweiz:
30-26108-6

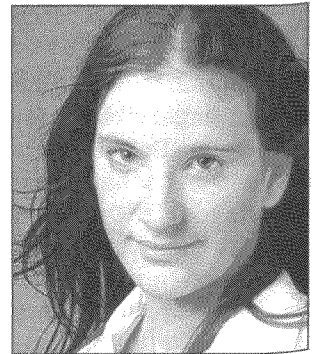
Öffnungszeiten sichern und Konsumenten ernst nehmen

Die jungfreisinnigen schweiz (jfs) begrüßen die Änderung des Arbeitsgesetzes, denn damit können Läden in grossen Bahnhöfen und Flughäfen auch weiterhin an Sonntagen geöffnet bleiben. Diese Einkaufsmöglichkeiten entsprechen einem klaren Konsumentenbedürfnis und schaffen neue Arbeitsplätze.

Von Lena Schneller,
Präsidentin jfs, Zürich

Die jungfreisinnigen schweiz (jfs) unterstützen die Änderung des Arbeitsgesetzes,

weil diese eine bestehende Gesetzeslücke sinnvoll schliesst. Bereits heute dürfen Geschäfte in Bahnhöfen und Flughäfen sonntags offen haben, jedoch nur mit einer Sonderbewilligung auch Personal beschäftigen. Dies ist ein unhaltbarer Zustand. Es gilt, den Status quo nun auch im Arbeitsrecht endlich rechtlich zu verankern.



Lena Schneller



Joël Thüring, Junge SVP Lena Schneller, Jungfreisinnige Pierre-Guillaume Kopp, Jungliberale Céline Jurt, Junge CVP

„Belebte Bahnhöfe, moderne Städte:
JA zu offenen Geschäften an 7 Tagen pro Woche!“

Mein Einkaufszettel

27.11. - Achtung, wichtige Abstimmung!

Arbeitsgesetz JA



www.jsvp.ch



www.jungfreisinnige.ch

LIBERAL

www.jungliberale.ch



www.jcvp.ch

Zusammen mit den anderen bürgerlichen Jungparteien werben die jungfreisinnigen schweiz für ein Ja in der Abstimmung vom 27. November 2005.

Bedürfnis weiter Bevölkerungsteile

Unsere Lebensweise und damit unser Einkaufsverhalten ändern sich dauernd. Für viele Personen ist es heute eine Selbstverständlichkeit, am Sonntag einkaufen zu gehen. Diesem ausgewiesenen Bedürfnis kann mit Läden an Bahnhöfen und Flughäfen zumindest teilweise Rechnung getragen werden. Ein Nein zum Arbeitsgesetz würde hingegen Konsumentinnen und Konsumenten vor den Kopf stossen und zahlreiche Arbeitsplätze gefährden.

Arbeitnehmerschutz gewährleistet

Die Anpassung des Arbeitsgesetzes beschneidet die Arbeitnehmerrechte in keiner Weise. Dem Arbeitnehmerschutz – insbesondere bei der Sonntagsarbeit – wird genügend Rechnung getragen. Niemand ist verpflichtet, am Sonntag zu arbeiten. Wer aber will, erhält mehr Freiheiten und einen Zuschlag. Von der Vorlage profitieren somit sowohl Konsumenten wie auch Arbeitnehmer. ■

Anzeige

Mit der

triscocom
media ag

inserieren Sie im «Schweizer Freisinn»

Bei unserem Medienberaterin Werner Hunziker erhalten Sie alles aus einer Hand:

- Beratung
- Kompetenz
- Abwicklung

Rufen Sie einfach an: 061 926 93 44

TrisCom-Media AG, Bündtenstrasse 10, 4410 Liestal
Fax 061 926 93 30, E-Mail: verkauf@triscocom.ch

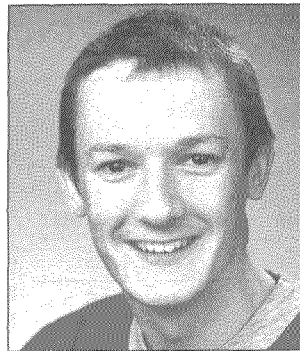
Ausblick auf die AGI-Tagung

Welches Europa wollen wir?

Von Adrian Ineichen,
International Officer jfs,
Wohlen AG

Die jungfreisinnigen schweiz treffen sich am 12./13. November in Winterthur zur Tagung der Arbeitsgruppe Internationales (AGI) und debattieren über die «Gestaltungsmöglichkeiten in der Beziehung Schweiz-Europa nach den europapolitischen Abstimmungen 2005». Es geht um die zukünftige aussenpolitische Strategie der Schweiz gegenüber Europa. Nach Einführungsreferaten zu den aussenpolitischen Optionen der Schweiz in Eu-

ropa (Integrationsbüro), zu wirtschaftlichen Aspekten (economiesuisse) und zu den rechtlichen Implikationen eines Beitritts zur EU (Prof. Thürer, Uni Zürich) wird in drei thematischen Workshops die gegenwärtige Situation analysiert, hinterfragt und kreativ nach neuen Lösungen gesucht. Den Abschluss bildet ein provokatives Referat von Beat Gygi (NZZ) über Thesen zur EU aus liberaler Sicht mit einer Diskussion über das zukünftige Europa, so wie es die jungfreisinnigen wollen. Ziel ist, den Horizont der Teilnehmer themenspezifisch zu erweitern und den Meinungsbil-



Adrian Ineichen

dungsprozess innerhalb der Partei zu fördern, weshalb wir uns differenziert mit der Materie auseinandersetzen. Weitere Informationen sind auf der Website www.jungfreisinnige.ch abrufbar. ■

Kurz und bündig

Mitglieder für Arbeitsgruppen gesucht

Die jungfreisinnigen haben an ihrer letzten Delegiertenratssitzung in Köniz die Schwerpunktthemen für die kommenden Jahre bestimmt. Der Vorstand hat nun die Verantwortlichen für die Ressorts bestimmt und wird je eine Arbeitsgruppe einsetzen, um bis zur Delegiertenratssitzung vom Januar 2006 entsprechende Papiere auszuarbeiten bzw. bestehende Papiere zu überarbeiten.

Alle Mitglieder sind eingeladen, in den Arbeitsgruppen mitzumachen.

- Arbeit/Bildung (Kontakt: carl.duisberg@jungfreisinnige.ch)
- ökologische und ökonomische Ressourcen (Kontakt: martin.kuhn@jungfreisinnige.ch)
- Sozialwerke (Kontakt: silvan.amberg@jungfreisinnige.ch)

Ja zum Forschungsstandort Schweiz

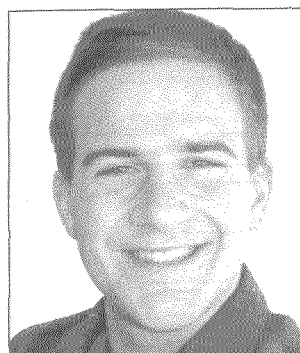
Nein zum Gentech-Moratorium!

Die jungfreisinnigen schweiz (jfs) sprechen sich klar gegen das wirtschafts- und konsumentenfeindliche Gentech-Moratorium aus. Durch das fundamentalistische Verbot würde der Bildungs- und Forschungsplatz Schweiz erheblich gefährdet. Die jfs verurteilen die auf keinen wissenschaftlichen Ergebnissen basierende Panikmache der Befürworter und sagen **NEIN** am 27. November.

Von Silvan Amberg,
Vorstandsmitglied jfs,
St. Gallen

Seit Jahren wird in der Schweiz die Abwanderung von Arbeitsplätzen ins Ausland beklagt. Der stärkste Trumpf im internationalen

Konkurrenzkampf ist das hohe Forschungs- und Bildungsniveau in unserem Land. Wir jungfreisinnigen werden nicht zulassen, dass dieser Standortvorteil von dogmatischen grünen Interessen und Ängsten geschwächt wird, welche durch keine ernstzunehmenden



Silvan Amberg

wissenschaftlichen Studien belegt sind. Wir haben eine sichere Schweiz mit einem restriktiven Gentechnologie-Gesetz, aber wir wollen das Land nicht ins Abseits manövrieren, indem wir der

Gentech-Forschung die Anwendung in der Praxis untersagen.

Wahlfreiheit bei den Lebensmitteln

In einem freien Land muss jeder Bürger das Recht haben, nach seinen eigenen Vorstellungen zu leben. Diese Freiheit besteht auch darin, diejenigen Lebensmittel anzubauen und zu konsumieren, die man will. Gentechnisch veränderte Produkte müssen klar gekennzeichnet sein, aber sie dürfen nicht verboten werden. Beispielsweise durch die Schaffung von Krankheitsresistenzen bei

Nutzpflanzen bietet die Gentechnologie denn auch zahlreiche Chancen.

Für eine konkurrenzfähige Landwirtschaft

Wir jungfreisinnigen wollen eine Landwirtschaft, welche eigenständig und konkurrenzfähig ist, ohne staatliche Unterstützung. Dies ist jedoch nur möglich, wenn wir den Bauern die Möglichkeit geben, ihre Produktionsmittel selbst zu wählen. Eine eigenständige Landwirtschaft braucht Freiheiten, und für diese setzen wir uns ein! ■

Als FDP-Mitglied besonders günstig abheben!

Spezialangebot für das Musical «SPACE DREAM SAGA II»

15% Ermässigung für Mitglieder der FDP!

Ja, ich profitiere und bestelle «SPACE DREAM SAGA II»-Tickets:

Anzahl	Tickets	Regulärer Preis	Spezialpreis
	1. Kategorie Erwachsene	Fr. 99.—	Fr. 84.15
	2. Kategorie Erwachsene	Fr. 89.—	Fr. 75.65
	Kinder (bis 16. Geburtstag in der gleichen Kategorie wie Begleitperson)		Fr. 39.—
	1. Kategorie AHV/IV/Legi (Legi bis 26. Geburtstag)		Fr. 49.50
	2. Kategorie AHV/IV/Legi (Legi bis 26. Geburtstag)		Fr. 44.50

Alle Preise inkl. MWSt, zzgl. Fr. 8.— Bearbeitungsgebühr pro Bestellung.

Vorstellungen bis Dezember 2005:

November 2005:

11./12./13./18./19./20./25./26./27.

Dezember 2005:

2./3./4./10./11./17./18./28.

Weitere Vorstellungsdaten und Informationen unter www.spacedream2.ch

Gewünschtes Vorstellungsdatum:

«SPACE DREAM SAGA II»

Vorstellungsbeginn: Mi–Sa 19.45 Uhr / So 15.00 Uhr

Dauer: 2¾ Stunden

Ort: City Halle Winterthur

Die Tickets werden zusammen mit der Rechnung nach Hause geschickt. Die Bestellung ist verbindlich und kann nicht annulliert werden. Dieses Angebot kann nicht an bereits reservierte oder gekaufte Tickets angerechnet werden.

Name

Vorname

Strasse

PLZ/Ort

E-Mail (für Newsletter)

Telefon tagsüber

Datum

Unterschrift

Coupon ausschneiden und per Fax oder Post mindestens 8 Tage vor dem gewünschten Vorstellungsdatum einsenden an:

Think Musicals AG, Ticketing, FDP-Angebot, Postfach, 8400 Winterthur

Fax 052 269 29 88



«Träume nicht dein Leben. Lebe deinen Traum». Warum nicht einmal den Alltag vergessen und sich beim 2. Teil der weltweit einzigartigen Musical-Trilogie in die ferne Galaxie entführen lassen? Sie als FDP-Mitglied profitieren von vergünstigten Tickets für das faszinierende Welt(t)raum-Märchen, das im September in die letzte Spielsaison gestartet ist.

«SPACE DREAM SAGA II» hat bereits 80 000 Besucher in die Welt der Träume entführt. Erfolgsmusicalautor und Komponist Harry Schärer und seine wohl berühmtesten Ausserirdischen der Musical-Szene setzen mit der neuen Folge den riesigen Erfolg seines Vorgängers fort. Der 1. Teil von Space Dream war mit über 620 000 Besuchern, einer Spielzeit von 8 Jahren und der Auszeichnung des «Prix Walo» zum erfolgreichsten Schweizer Musical aller Zeiten avanciert.

Der 2. Teil der Musical-Trilogie ist wiederum ein faszinierendes Weltraummärchen für die ganze Familie, jedoch mit einer neuen und eigenständigen Geschichte, erzählt im Rahmen einer fulminanten Show mit traumhaften Liedern und Tanzszenen, grossartigen Kostümen, einer gigantischen Licht- und Lasershow sowie dem Sounderlebnis in Surround-Qualität.

Ein Besuch ins Musical «SPACE DREAM SAGA II» lohnt sich. Die FDP offeriert ihren Mitgliedern 15% Ermässigung auf Tickets der Kategorie 1 und 2 Erwachsene. Sichern Sie sich heute die begehrten Plätze! Denn der 2. Teil der «SPACE DREAM SAGA» spielt nur noch bis zum 26. März 2006, bevor im Herbst 2006 der 3. Teil mit der letzten Folge startet.





ISA-Pyjamas sorgen für Spitzenbeteiligung

SPITZENPLAETZE lautete das Lösungswort des Preisrätsels im «Freisinn» vom 5. Oktober. 282 Leserinnen und Leser stellten ihre Rätselqualitäten unter Beweis und liessen uns die richtige Lösung zukommen. Herzlichen Dank allen Teilnehmern!

Aus den Einsendungen zog Christina Grunder, Sekretärin der FDP Schweiz International, die glücklichen Gewinnerinnen:

1.–3. Preis: jeweils ein ISA-Pyjama, gesponsert von der ISA Sallmann AG, Amriswil TG

Frau Vreni Jungi, 2560 Nidau BE
 Frau Rosmarie Oertle, 9030 Abtwil SG
 Frau Gret Steinmann Bartel, 8867 Niederurnen GL

Lösung aus dem «Freisinn» Nr. 8:



Agenda

Wichtige FDP-Termine

- 9. November 2. World Freedom Day
- 10. November Bundesratsparteien-Gespräche
- 11. November Von-Wattenwyl-Gespräche
- 12. November Konferenz der Kantonalparteipräsidenten
 Fachtagung Bildung (siehe Seite 10)
- 18./19. November Vorsektionale Fraktionssitzung
- 27. November Eidgenössische Abstimmung
 – Sonntagsverkauf in grossen Bahnhöfen
 – Forschungsverbots-Initiative
- 28. November bis 16. Dezember Wintersession der Eidgenössischen Räte
- 1. Dezember Sitzung der Geschäftsleitung der FDP Schweiz
- 7. Dezember Offizielles Fraktionsessen



FDP begrüsst neue Praktikantin

Seit dem 26. September arbeitet Chantal Heiniger aus Luzern als Praktikantin im Generalsekretariat. Sie studiert Betriebsökonomie mit Fachrichtung Wirtschaftskommunikation an der Hochschule für Wirtschaft in Luzern und wird bis Anfang Dezember verschiedene Arbeiten für die FDP ausführen. Das Team des Generalsekretariats und der «Freisinn» wünschen Chantal Heiniger eine abwechslungsreiche und erfüllte Praktikumszeit.

Danke, Yves Müller!

Für den «Freisinn» war Yves Müller aus Bern an der Sommeruniversität (UNILIB) der FDP und der LPS als Fotograf unterwegs. Die Bilder in der letzten Ausgabe (Seite 14) stammen von ihm. Herzlichen Dank für den Einsatz!

Lesermeinung zum Strategiepapier der FDP Schweiz

Ich finde die Ideen des Positionspapiers sehr gut. Zweifel habe ich, ob unsere Ratsmitglieder auch den Mut und Willen haben, öffentlich (im NR und SR) dazu zu stehen. Als staatstragende Partei muss sich auch die FDP-Jugend für eine geringere Schuldenlast einsetzen. Nur so kann eine Verarmung unserer kommenden Generationen verhindert werden. Hier können sich die Jungfreisinnigen der ganzen Schweiz profilieren.

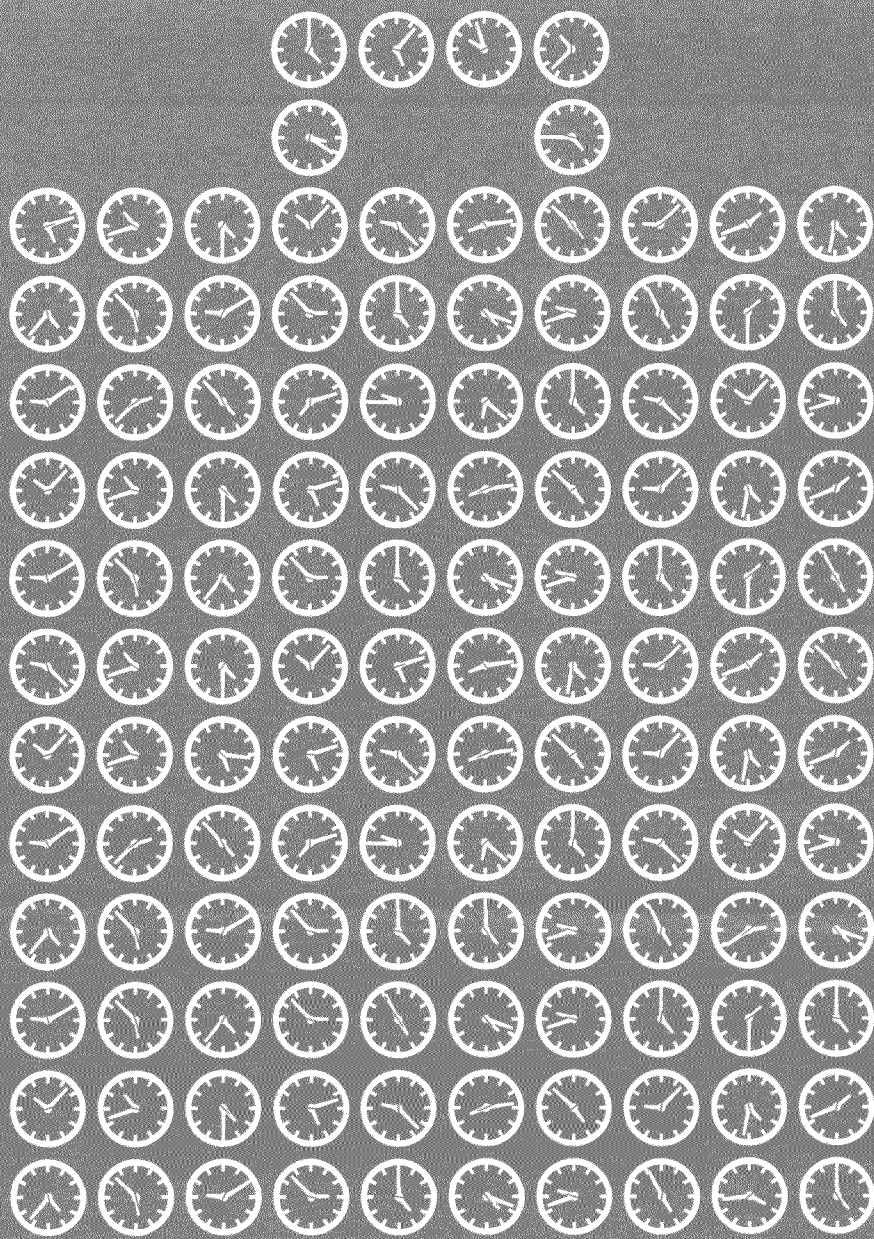
Alfred Simonetti, ehemaliger Ortsparteipräsident, 4226 Breitenbach SO

«... UND DANN ZÜCKTE ER EINEN GENTECHNISCH
MANIPULIERTEN MAISKOLBEN, DEN ER AN EINEM
SONNTAG IM BAHNHOF-SHOPPING ERWORBEN HATTE...»



ZUHAUSE BEI FAMILIE FEHR

Karikatur: Andreas Töns



« Freie Wahl statt
Einkaufsverbot »»

JA

www.fdp.ch

zu vernünftigen
Ladenöffnungszeiten

FDP 
Freisinnig-Demokratische Partei